

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Wochensatz 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk.
frei ins Haus, bezugsfähig. Einzelne
Nummern 10 Pf. Bestellungen: Wochensatz
1,50 Mk. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 4,50 Mk.,
für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich
Berliner und Reich bei dieser Bestellung monatlich 1,50 Mk.
Bestellungen nehmen an: Adressat,
Postamt, Berlin, Lindenstr. 3, 1. B.,
Postfach 1000, oder in die
Volks-Zeitungs-Vertriebsstelle.
Erscheint täglich.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonntag, den 2. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Anzeigenpreis
Bekanntlich die stehende (palettierte) Anzeigen-
preise 20 Pf. „Kleine Anzeigen“,
bei festgesetzter Zeit 20 Pf. (je-
weils 2 festgesetzte Zeilen), jedoch
weitere 10 Pf. für Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen. Das erste
Zeilenpaar 10 Pf., jedes weitere Zeilenpaar
5 Pf. über 15 Zeilen zahlen für
zwei Zeilen. Ferner Aufschlag 50%
Familien-Anzeigen 50 Pf.,
politische u. gesellschaftliche Anzeigen
40 Pf. die Zeile. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
gegeben werden. Schlußzeit von 3 Uhr
nachmittags bis 7 Uhr abends.

Rußland zum Sonderfrieden bereit.

Wiedern heftige Schlacht bei Cambrai — Die Engländer in Gegenangriffen zurückgeworfen — Weiderseits Banteux die ersten feindlichen Linien durchstoßen, Dorf Gonnellien genommen und gehalten — 1000 Gefangene — Italienische Angriffe gegen Monte Vertica.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 1. Dezember 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern blieb die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen.

Südöstlich von Arras hielt das verstärkte Feuer an.

Die Schlacht bei Cambrai ist gestern erneut mit großer Heftigkeit entbrannt! Eigene Gegenangriffe zur Verbesserung unserer Stellungen hatten vollen Erfolg. Stärkste Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern bahnte unserer Infanterie den Weg in die feindlichen Linien. Zwischen Moeuvres und Bourlon und von Fontaine und La Folie heraus warfen wir den Feind auf die Dörfer Graincourt, Annezin und Contain zurück.

Weiderseits von Banteux erkämpften unsere Truppen von der Scheibe heraus die Höhen auf dem Westufer des Flusses, durchstießen die ersten feindlichen Linien und nahmen die Dörfer Gonnellien und Villers Guislain. Der Feind sah sich während der Schlacht gezwungen, 1000 Engländer gefangen, mehrere Batterien wurden erbeutet.

Gegenangriffe, die der Feind am Abend gegen Sonne-Heu auch unter Einsatz von Panzerwagen und Kavallerie führte, brachen verlustreich zusammen.

Scharfer Feuerkampf hielt auf dem Schlachtfelde die Nacht hindurch an.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem östlichen Maasufer war die Kampftätigkeit der Artillerie zeitweilig stark.

Rittmeister Freiherr v. Nischhofen errang seinen 63., Leutnant Klein seinen 22. Lusttag.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Mazedonische Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Angriffe der Italiener gegen den Monte Vertica scheiterten.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 1. Dezember 1917, abends. Amtlich.

Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai sind starke englische Gegenangriffe gegen die von uns gestern genommenen Stellungen gescheitert.

Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. Dezember 1917. (B. Z. S.) Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Monte Vertica wurden italienische Vorstöße abge schlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Albanien.

Westlich von Korca bereiteten albanische Freischaren durch ungeführte einseitige Gegenstöße einen französischen Angriff. Der Chef des Generalstabes.

Arbeitskammern.

Von Robert Schmidt.

Zu den sozialpolitischen Aufgaben, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses gerückt sind, gehört u. a. die Errichtung von Arbeitskammern. Es handelt sich dabei um eine alte Forderung der Arbeiter. Sie ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt im Reichstage erhoben worden und erhielt ihre erste Formulierung in dem Arbeiterchuggesetz-Entwurf der sozialdemokratischen Partei vom Jahre 1885. Die Regierung hat ihre anfänglich ablehnende Haltung in der Frage aufgegeben; sie hat auch zweimal einen Gesetzentwurf auf Schaffung einer gesetzlich anerkannten Arbeitervertretung dem Reichstag vorgelegt. Der letzte Entwurf scheiterte an dem Widerstande der Regierung. Der die Beschlüsse des Reichstags zu weit gingen. Im wesentlichen handelte es sich um die höchst kleinsten Streitfragen, ob Arbeitersekretäre in die Arbeitskammer gewählt werden dürften und ob die Arbeitskammer sich auch auf die Angestellten in staatlichen Betrieben erstrecken sollte.

Da nunmehr die Frage der Schaffung einer Interessenvertretung der Arbeiter wieder aktuell geworden ist und die Regierung ihren Widerstand in den oben erwähnten Fragen aufgegeben hat, erheben sich die Arbeiter, die in ihrer Arbeit ihre Wünsche in präziser Form zum Ausdruck bringen. Das ist in der Zwischenzeit geschehen. Es sind die sämtlichen Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zusammengetreten, um — unter Anführung an den ehemaligen Regierungsentwurf — eine Reformulierung des Gesetzes durchzuführen. Diese Reformulierung des Gesetzes soll dem Reichstag unterbreitet werden und bei der Zustimmung, mit der in dieser Frage die Wünsche in Arbeiter- und Angestelltenkreisen erhoben werden, ist anzunehmen, daß diesen Wünschen nunmehr Rechnung getragen werden wird.

Aus dem Inhalt des ausgearbeiteten Entwurfs mögen folgende, von dem alten Arbeitskammer-Gesetzentwurf grundlegend abweichende Forderungen hervorgehoben werden: Der neue Entwurf hebt die Bildung der Arbeitskammern nach Bezirken auf und fordert die Bildung nach Bezirken. Dabei soll der Berufseigentümlichkeit dadurch Rechnung getragen werden, daß die Kammern für die einzelnen Gewerbezweige, für Land- und Forstwirtschaft, für technische und kaufmännische Angestellte, besondere Abteilungen bilden. Der Organisation ist durch diese Forderung eine breitere Grundlage gegeben und ein umfassendes Gebiet zu praktischer Wirksamkeit eröffnet. Natürlich sollen auch die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Arbeitskammern angeschlossen werden. Es bleibt also keine Berufsgruppe außerhalb des Tätigkeitsgebietes der Arbeitskammern.

Ueber die Aufgaben der Arbeitskammern sagt der § 2 des Gesetzesentwurfs folgendes:

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern und der Abteilungen (§ 16):

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 1 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie bei Entscheidungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke mitzuwirken sowie Gutachten zu erteilen insbesondere über a) den Erlaß von Vorschriften auf Grund von §§ 105b Abs. 2 und 3, 105d, 105e Abs. 1, §§ 120, 120a, 128, 139a, 139b bis m, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung; § 62 des Handelsgesetzbuches und von Vergütungsvorschriften, die den Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes durch die Einrichtung des Betriebes bezwecken, sowie von entsprechenden Polizei- und anderen Vorschriften auf Grund der Reichs- und Landesgesetzgebung;
- b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse;
3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 1) betreffen, zu beraten;
4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken;
5. Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen und kaufmännischen Lehrlings- und Schulfachens, sowie Anteilnahme an der Schulverwaltung;
6. Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen, insbesondere durch Sammlung von Material, sowie auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken;
7. die Errichtung von Sachauschüssen für die Hausindustrie und deren Tätigkeit, insbesondere durch Vereinbarung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fördern;

Vervollständigter Text des russischen Aufrufs.

Friedensverhandlungen am 1. Dezember — Sonderfrieden mit Deutschland.

Der Text des russischen Friedensvorschlages, den die österreichische Regierung veröffentlicht hat, ist nicht vollständig. Es fehlt eine Reihe wichtiger Sätze, die wir nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur vom 29. November, wiedergegeben im Kopenhagener „Socialdemokraten“, nachtragen:

An die Kriegführenden Völker!

Als Antwort auf unseren Vorschlag, augenblicklich an allen Fronten Waffenstillstand zu schließen mit dem Ziel des sofortigen Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegentscheidungen mit dem Recht für alle Nationen, frei über ihre Schicksale zu verfügen, schlägt der Oberkommandierende Selendeleumant Anstalts vor, den Beginn der Verhandlungen zu verschieben auf den 10. November (alten Stils, 1. Dezember neuer Zeitrechnung), damit man aus neue den Regierungen der Alliierten vorschlagen kann, ihre Stellung zu den Friedensverhandlungen festzulegen. Die militärischen Operationen sind durch gegenseitige Vereinbarung eingestellt und es haben keinerlei Truppenverschiebungen in den letzten fünf Tagen stattgefunden dürfen. Wir erstreben eine augenblickliche Antwort von den Arbeiterklassen in den alliierten Ländern: Wünschen Sie, daß am 1. Dezember Friedensverhandlungen eingeleitet werden sollen? Die Frage ist klar und deutsch gestellt.

Soldaten, Proletariat, Arbeiter und Bauern! Folgt Ihr zusammen mit uns entscheidende Schritte zum Völkerrfrieden? Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die Arbeitermassen in Deutschland, Oesterreich, Türkei und Bulgarien. Der Friede, den wir vorschlagen, muß auf loyalem Verständnis beruhen, bei jedem Volk freie Entwicklung seines ökonomischen und kulturellen Lebens sicher. Ein solcher Friede kann nur geschlossen werden mit Hilfe eines direkten und mutigen Kampfes der revolutionären Massen gegen die imperialistischen Pläne und Eroberungsbestrebungen.

Die hegemonische Revolutionsregierung legt kein Gewicht darauf, von den professionellen Ausübenden der kapitalistischen Diplomatie anerkannt zu werden.

Die Antwort auf diese Frage (ob die Diplomatie Ausdruck der Völkerrwünsche ist) muß gegeben werden, aber keine Antwort in Worten, sondern eine Antwort, die ihren Ausschlag durch Taten gibt.

Das russische Volk und das russische Volk will und kann nicht länger warten. Am 1. Dezember beginnen wir Friedensverhand-

lungen. Wenn die Alliierten keine Bevollmächtigten senden, werden wir uns in Verhandlungen mit den Deutschen allein einlassen. Wir erstreben den allgemeinen Frieden; aber wenn die Bourgeoisien in den alliierten Ländern uns zwingen, einen Separatfrieden zu schließen, so wird die Verantwortung dafür auf sie fallen.

Soldaten, Arbeiter, Bauern in Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten, Belgien und Serbien! Am 1. Dezember findet die Eröffnung der Friedensverhandlungen statt. Wir erwarten eure Bevollmächtigten. Handelt! Verliert nicht eine Stunde! Nieder mit dem Winterfeldzug! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Würdigkeit der Völker!

Mittlerweile hat, wie bekannt, die gegenwärtige deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf das russische Friedensangebot einzugehen und die deutsche Volksvertretung hat zu dieser Haltung der Regierung ihre Zustimmung ausgesprochen. Es besteht daher für die deutschen Arbeiter in diesem Augenblick kein Grund, auf den Sturz der Regierung hinzuwirken. Desto mehr besteht aber für sie und ihre Vertreter die Pflicht, in wachsender Bereitschaft dafür zu sorgen, daß die Verhandlungen in wahrhaft demokratischem Geiste geführt werden, damit das erstrebte Ziel auch wirklich erreicht wird.

Vertagung des Reichstags.

Der Reichstag hat sich gestern gegen den entschiedenen Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion und der Unabhängigen vertagt.

Die Gründe dieses Widerspruchs sind aus dem Bericht erkenntlich und überdies außerordentlich einleuchtend. Während über den Frieden im Osten entschieden wird, muß der Reichstag beisammen bleiben! Erreicht wurde aber nur, daß der Präsident erklärte, eine lange Vertagung sei nicht beabsichtigt und die Einladung zur nächsten Sitzung werde eventuell telegraphisch erfolgen.

Verdächtig wurde der Widerstand der Sozialdemokraten durch gewisse Vorgänge in der Haushaltskommission, die Litauen betreffen, und einstweilen vertraulich behandelt werden. Es handelte sich um einen Tatbestand, der von Sohn (Unabh. Soz.) vorgebracht, von Erzberger bestätigt wurde, und der Scheidemann zu der Bemerkung veranlaßte, die Politik müsse in der Wilhelmstraße und nicht im Hauptquartier gemacht werden. Inzwischen werden ja hoffentlich die Friedensunterhaltungen mit Rußland beginnen, und da wird sich bald herausstellen, daß man mit der bolschewistischen Regierung nicht nach Methoden der Geheimdiplomatie verhandeln kann.

8. Förderung des mühsamerwerbenden Arbeitnehmers.

9. Vermittlung bei der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten;
10. Ermächtigung der Sachverständigen auf Ansuchen der Behörden.

Die Arbeitskammern können selbständig Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke vornehmen.
Die Arbeitskammern können durch Beschluß den von den Berufsgenossenschaften in die Sozialversicherung als angemessen festgestellten Zuschläge und ähnliche Kosten geben.

Bekanntlich ist in Arbeiter- und Angestelltenkreisen die Meinung sehr weit verbreitet, daß eigentlich die Zusammenfassung der Arbeiter in die Arbeitskammern in Aussicht genommen ist, — die in gleicher Zahl Arbeiter resp. Angestellte und Unternehmer versteht — recht wenig begründet erscheint. Man verlangt die Errichtung von Arbeiterkammern, in der Arbeiter und Angestellte ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Interessen selbständig erörtern und behandeln. Der Entwurf kommt diesem Verlangen zu einem guten Teile entgegen, indem er die Einrichtung treffen will, daß die Arbeitskammern nur aus den Arbeitnehmern bestehende besondere Abteilungen bilden, die — unabhängig von dem Einfluß der Unternehmer — gewisse Anforderungen, Anträge und Wünsche der Arbeiter und Angestellten allein beraten und beschließen sollen. Die Aufgaben dieser Abteilungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Es sollen Wünsche und Anträge der Arbeitnehmer für die Beratung in den Gesamtarbeitskammern vorbereitet werden; es sollen eventuell Erhebungen über Höhe der Löhne, die Anwendung für die Lebenshaltung sowie über die Dauer der Arbeitszeit veranstaltet werden; es soll Aufgabe der Abteilungen sein, seitens der Staats- und Gemeindebehörden gewünschte nachsichtige Maßnahmen abzugeben und schließlich sollen die Abteilungen die Befugnisse haben, Anträge, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten betreffen, an die Staats- und Gemeindebehörden oder ihre Organe zu richten. Damit will der Entwurf bezwecken, daß ein gewisser Aufgabenkreis, der zunächst nur die Arbeiter und Angestellten angeht, von diesen unbeeinträchtigt beraten wird und aUch ihrer Beschlussfassung unterliegt.

Ein sehr wichtiges neues Kapitel in dem Entwurf bilden die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, die Schlichtungsstellen und die Einigungsämter. Es sind das die Einrichtungen, die aus dem Hilfsdienstgesetz in veränderter Form und angepaßt den Verhältnissen zur Friedenszeit übernommen sind.

Die Arbeiterausschüsse sollen in allen Betrieben mit 20 oder mehr Arbeitern obligatorisch errichtet werden. Dergleichen soll für die Angestellten, falls mindestens zwanzig nach dem B. G. J. A. versicherungspflichtige Angestellte im Betriebe beschäftigt sind, ein besonderer Ausschuß gebildet werden. Diese Ausschüsse haben Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter resp. Angestellten, die sich aus Betriebsverhältnissen, Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Betriebes und seine Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen, sich darüber zu äußern und eine Vermittlung herbeizuführen.

Die Schlichtungsstelle soll für einen kleineren Bezirk errichtet werden; ihre Wirksamkeit ist so gedacht, daß sie örtliche Differenzen ausgleichen soll. Entschieden in einem Betriebe Streitigkeiten über Lohn- oder sonstige Arbeitsbedingungen und kommt eine Einigung durch den Ausschuß nicht zustande, so kann, wenn nicht beide Teile eine andere geeignete Stelle anrufen, von jedem die Schlichtungsstelle angerufen werden. Für kleinere Betriebe, für die ein Angestellten- oder Arbeiterausschuß nicht in Frage kommt, kann bei Differenzen die Schlichtungsstelle unmittelbar angerufen werden. Für die Zusammenfassung der Schlichtungsstelle ist vorgesehen, daß vom Vorsitzenden der Arbeitskammer der Vorsitzende der Schlichtungsstelle berufen wird. Er darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Ihm werden zwei ständige und mindestens ein unabhängiger Beisitzer beigegeben. Für die Wahl der Beisitzer kommt eine Proportionalwahl in Anwendung.

Das Einigungsamt umfaßt den Bezirk einer Arbeitskammer. Es soll beauftragt sein, bei wirtschaftlichen Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses Verhandlungen einzuleiten und einen Schiedsspruch zu fällen. Das Einigungsamt dient auch in einzelnen Streitfällen, die bereits die Schlichtungsstellen beschäftigt haben, als Berufungsinstanz. Die Parteien haben das Recht, bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsstellen und Einigungsämtern sich durch einen Beistand vertreten zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß Gewerkschaftsangehörige die Interessen der Mitglieder in sachgemäßer Weise vertreten können.

Zur übrigen liegt der Entwurf die paritätische Zusammenfassung der Arbeitskammern vor, er will die Kosten der Einrichtung dem Reich auferlegen und fordert für die Verhandlungen der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen die Öffentlichkeit, abgesehen davon, wenn es in besonderen Fällen geboten erscheint, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Das wäre im wesentlichen der Inhalt des Gesetzesentwurfs. Reichstag und Regierung werden nunmehr Gelegenheit haben, gerade an der Hand dieses Entwurfs eine wichtige Forderung der Arbeiter und Angestellten, deren Erfüllung schon zu lange hinausgeschoben worden ist, endlich zu erfüllen. Hoffen wir, daß es den vereinten Kräften der großen Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten gelingt, den Reichstag von der Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie zu überzeugen, damit endlich der Schritt von den Versprechungen zur Tat getan wird.

Der deutsche Gegenstoß bei Cambrai.

Berlin, 1. Dezember. Nach dem blutigen und völligen Scheitern der 16 großen englischen Fliegerflotten um die deutsche U-Bootbasis und nach der gewaltigen Niederlage der Ententeinfanterie in Italien stellen die britischen Berichte seit dem 20. November Tag für Tag ihren Aufmarsch vor Cambrai als größten Sieg des Krieges an der Westfront dar. Ihre Funktionäre wiederholen täglich die Bedeutung des gewonnenen Ehrentages bei Bourlon und Douain, das unter Einsatz höchster Infanterie- und Tankmassen sowie zahlreicher Kavallerie in ihre Hand kam. Die hierbei erlittenen Verluste übertrafen die der blutigen Fliegerkämpfe. Nachdem bereits am 24. November der Durchbruch über die Maas als gescheitert angesehen werden konnte, haben nunmehr am 30. November deutsche Gegenstöße den Engländern den größten Teil des neuer erlangten Ehrentages wieder entzogen.

Der sich läge verteidigende Feind vermochte der deutschen Infanterie, die mit unergieblicher Schwung die vom Feinde besetzten Höhen hinuntertrieb, nicht standzuhalten. Kräftig unterstützt durch die Artillerie, gelang es in erbitterten Kämpfen, südlich Neuvres, die alte frühere Stellung wieder zu erreichen und unsere Linie über die Chanasse Trave-Cambrai vorzuschieben. Unter schweren blutigen Verlusten für die Engländer wurden sie auf Grainescourt, Tancuz und Cantain zurückgeworfen. Der Gegenstoß, der von Süden her gegen die feindliche Einbruchsstelle erfolgte, durchbrach die feindlichen Linien und führte zur Besetzung der außerhalb unserer früheren Stellung liegenden Orte Gonnelleu und Villers-Guislain. Von dort aus wurde bei Bendhuille unsere frühere Linie wieder erreicht.

Unter den vierzehntausend Gefangenen befinden sich 140 Offiziere. Andere Kräfte griffen während der heißen Schlacht wiederholt aus niedriger Höhe in den Erdkampf ein. Morgen Abend versuchte der englische Führer mit starkem Angriff unter Einsatz von Tanks und Kavallerie gegen Gonnelleu Gelände zu gewinnen. In die dicht geballten feindlichen Sturmkolonnen schlug unser verheerendes Artilleriefeuer und ließ den feindlichen Angriff erfolglos scheitern. Nach den schweren Kämpfen blieb während der Nacht an den Kampfplätzen das Artilleriefeuer lebhaft. Der 30. November ist ein neuer Ehrentag für unsere Kämpfer, die jahrelang unerschütterlich und erfolgreich der vielfachen Überlegenheit englischer und französischer Heere trotzen und jetzt auf neue bewiesen, daß sie nach wie vor von frischem unüberwindlichem Angriffsgewalt besetzt sind.

Englischer Heeresbericht vom 30. November abends. Gegen 8 Uhr heute früh griff der Feind nach einer heftigen Beschichtung mit starken Kräften in breiter Front südlich von Cambrai zwischen Bendhuille und Grainescourt an. Kurz nachher entwickelten sich ferner Angriffe gegen unsere Stellungen westlich Cambrai in der Nachbarschaft des Waldes von Bourlon und von Neuvres. Alle feindlichen Angriffe wurden in Rasnières bei Neuvres nach mehrstündigem hartem Kampfe, in dem der angreifenden deutschen Infanterie durch unser Artillerie-, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer schwere Verluste zugefügt wurden, abge schlagen. Südlich von dem Dorfe Rasnières von der Umgegend von Bonavis bis nach Villers-Guislain glückte es dem Feinde, in unsere Stellungen an verschiedenen Punkten einzudringen, und er kam bis La Bacquerie und Souzeaucourt. Unsere Gegenangriffe haben bereits La Bacquerie wieder gewonnen und den Feind von Souzeaucourt und dem Bergdrieck südlich dieses Dorfes zurückgetrieben. An den anderen Punkten ist der feindliche Angriff gescheitert. Der Kampf dauert an.

Kriegstreiber gegen Friedensmänner.

Bonar Law gegen Lansdowne.

London, 1. Dezember. (Reuter.) 1500 Vertreter sozialistischer und unionistischer Vereinigungen aus allen Landesteilen versammelten sich, mißbilligten den Brief Lansdownes über die Friedensausichten und erklärten ihr Festhalten an den Kriegszielen der Alliierten, wie sie durch den Premierminister, Bonar Law und Asquith festgelegt worden seien. Im Laufe seiner Rede sagte Bonar Law:

Nicht, daß wir den Frieden nicht wünscheten. Es ist furchtbar, die Fortsetzung des Krieges voranzuschieben, darin sind wir alle einig. Aber warum treten wir in den Krieg ein? Wir begannen ihn nicht nur, um jetzt Frieden zu erhalten, sondern um Sicherheit für den Frieden in der Zukunft zu erlangen. Sie können mir jetzt das durch einen Frieden erreichen! Der Brief Lansdownes gründet sich auf eine Annahme und zwar auf die seltsame Annahme, daß, weil die Deutschen sagen, sie seien bereit, einen Bund der Nationen zu schließen und von Abstraktion zu sprechen, daß deshalb der Friede möglich sei. Wenn wir jetzt Frieden schließen, was würde das heißen? Es würde bedeuten, daß gerade die Männer, die nach meinem Urteil das größte jamaals in der Geschichte begangene Verbrechen begangen hätten, daß gerade die Männer, die die Welt in all diese Qual und dies Elend geführt haben, weiter in der Möglichkeit gelassen würden, mit demselben Werkzeug dasselbe von neuem zu tun, wann immer sich in Zukunft die Gelegenheit dazu ergäbe. Wie werden sie durch einen Vertrag unter den Völkern gebunden sein? Niemand wird behaupten, daß sie dadurch, daß sie einen Vertrag unterzeichnet haben, gebunden sein werden. Und welche Macht gibt es, die sie binden könnte? Heute ist die ganze Welt gegen sie bewaffnet und zusammengeordnet davor, wie es schwerlich wieder der Fall sein wird, und wenn wir jetzt unsere Rechte nicht durchsetzen können, wie wollen wir später unter neuen Bedingungen gegen sie kämpfen? Nein, meine Herren! Es ist schrecklich, daran zu denken. Aber meiner Meinung nach ist es wahr, daß wir dahin gelangt sind, dem deutschen Volke aus die einzige Art, wie es zu dieser Ansicht gebracht werden kann, zu zeigen, daß der Krieg sich nicht bezahlbar macht und daß ihre Kriegsmaschine die Erfolge nicht erreichen kann, die sie wünschen, und die nur durch einen Sieg erlangt werden können. Auch durch entscheidende Erfolge auf dem Schlachtfeld allein kann der Krieg nicht beendet werden. Lassen Sie die Deutschen nur erst einsehen, daß wir länger aushalten können, als sie, und die Veränderung der Ansichten, von der wir so viel hören, wird jeden Tag stärker werden und vielleicht von selbst die Ergebnisse zeitigen, die zu erleben wir uns alle sehnen. Ein auf der Lansdowneschen Grundlage geschlossener Friede würde tatsächlich eine Niederlage für die Entente bedeuten.

Im Laufe seiner Rede sagte Bonar Law noch: Ich sehe vielleicht Gefahren, die uns nicht bedrohen werden, aber wenn diese friedensfreundliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angefaßt werden und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung notwendiger Kriegsmassnahmen durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Krieg zu gewinnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat. Wenn wir die nicht haben, können wir keinen Erfolg haben. Bonar Law schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß die Regierung die volle Unterstützung des Volkes haben würde bei ihrem Entschlusse, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen.

Nichts kann die große Bedeutung des Lansdowneschen Friedensbriefes besser bezeichnen als diese Rede Bonar Laws, die entstrungen ist aus der Angst des britischen Imperialismus um die bedrohte Weiterführung des Krieges. Bonar Law muß zugeben, daß die Friedensbewegung in England jetzt sich der Stunde nähert, die ihr die entscheidende Macht zuwenden kann. Die draconischen Maßregeln, die Lloyd George vor Wochenfrist gegen die Pazifisten forderte, haben ihr Echo in dem Vorstoß Lansdownes gefunden. Nun wagt Bonar Law das Letzte: er ruft Volk gegen Volk in die Arena. England wird sich auf Stürme gefaßt machen müssen.

Natürlich kommen auch in England die Kriegstreiber mit dem bekannten albernen Einwand, Äußerungen wie die Lansdownes würden als „Zeichen von Schwäche“ gedeutet

werden und kriegsverlängernd wirken. Der größte Teil der Presse ist auf diesen Ton gestimmt. Nur linksliberale Blätter, wie „Daily News“ und „Manchester Guardian“ zeigen sich vernünftig.

Reuter betont dagegen hochhoffizios den fortwährenden Kriegswillen der Regierung. Er bringt am 1. Dezember folgende Erklärung:

Dem Reuterschen Bureau ist authentisch Mitteilung gemacht worden, daß das Folgende die Ansicht der britischen Regierung über den Brief Lansdownes ist. Lord Lansdowne hat in seinem Brief nur für sich selbst gesprochen. Bevor er ihn schrieb, hat er sich weder mit irgendeinem Mitglied der Regierung darüber beraten noch in Verbindung gesetzt. Die Minister haben den Brief mit ebensolcher Ueberrauschung gelesen wie jedermann sonst. Die in dem Briefe zum Ausdruck gebrachten Anschauungen stellen in keiner Weise die Auffassungen der englischen Regierung dar, noch zeigen sie im geringsten Grade an, daß irgend ein Wechsel oder eine Veränderung in der Kriegspolitik Englands eingetreten ist. Diese ist auch jetzt noch die gleiche, welche sie immer gewesen ist, und wie sie durch den Premierminister, durch Asquith, Bonar Law und Balfour umschrieben worden ist. Diese Kriegspolitik ist in mannigfaltigen Reden zum Ausdruck gebracht worden, aber vielleicht ist sie am besten in der unlängst erfolgten Äußerung Clemenceaus zusammengefaßt worden, welche lautet: die Kriegsziele, für welche wir kämpfen, das ist der Sieg.

Lansdowne selbst erklärte einem Interviewer, daß er nur für sich allein gesprochen habe. Bemerkenswert ist, daß der frühere Arbeiterminister Henderson in einer Unterredung seine Zustimmung zu Lansdownes Ausführungen ausdrückte.

Die Versammlung im russischen Hauptquartier.

Bolschewitsche Haftbefehle.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) „Kowaja Schin“ teilt mit, daß ein Haftbefehl gegen Werchowshy, Koltentjew und Tschernow an alle Armeekorpsorganisationen des revolutionären Komitees und der Frontsoldaten erging. Er wird damit begründet, daß sich genannte Personen im Hauptquartier versammelten, um eine neue Regierung zu bilden und Entfernung zu verweigern. Das Schriftstück bezeichnet genannte Personen als Handlanger der Bourgeoisie. Am 23. November kamen in Moskau Witschew, Dinawer und die Generale Werchowshy und Zwanzow an. Unter den neuesten verbotenen der Petrograder Blätter befindet sich Plechanows „Zedinstwo“.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wegen Teilnahme an der Organisation der Militäraktion gegen die Bolschewitsch erteilte die Leninregierung Haftbefehle gegen Zeretelli, Dan und Liber.

Werchowshy war der letzte Kriegsminister der gestürzten Provisorischen Regierung, der der Partei der Sozialisten-Revolutionäre nahesteht. Tschernow und Koltentjew gehören dem linken und dem rechten Flügel derselben Partei an. Zeretelli und Dan sind Führer der Menschewitsch, die an der Spitze des Zentralkomitees standen, bis der von den Bolschewitsch einberufene und am 7. November eröffnete zweite Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte die Aktion der Bolschewitsch segnete und mithin die alte Exekutive der Sowjets löste. Zusammen mit Liber, dem bekanntesten Vertreter des jüdisch-sozialdemokratischen „Bundes“, waren Zeretelli und Dan die energischsten Verfechter der Notwendigkeit der Landesverteidigung. Sie waren das Rückgrat der Regierung Kerenskis. Das Zusammenreffen der genannten Sozialistenführer im Hauptquartier ist auf das Bestreben zurückzuführen, den Bolschewitsch die Bildung einer sozialistischen und demokratischen Koalitionsregierung aufzudrängen. Die Bolschewitsch halten nunmehr mit der Verhaftung der alten Kampfgenossen, die sie Vertreter der Bourgeoisie schimpfen, nicht zurück.

Im Stockholmer „Socialdemokraten“ vom 28. November veröffentlicht Genosse Artok einen Protest gegen die Behandlung, die nach dem Bericht der jüdischen russischen Blätter („Kowaja Schin“, „Zedinstwo“ u. a.) dem Genossen Plechanow von seiten der Bolschewitsch zuteil geworden ist. Nach der „Zedinstwo“ wurden bei ihm drei Hausdurchsuchungen gehalten, wobei man nach Waffen forschte, und Plechanow wurde — wohl infolge der Aufregung — von einem schweren Wundstich befallen, so daß der Zustand des alten Revolutionärs jetzt zu ernstlichen Sorgen Anlaß gibt.

Es wird natürlich niemand in der ganzen Internationale geben, der zweifelt Genossenschaftlichen überhaupt bistigt — und zumal solche gegen den alten wissenschaftlichen und propagandistischen Vorläufer der Sozialdemokratie in Russland. Das Urteil über Bestallungen kann von der Tatfrage nicht beeinflusst werden, daß Plechanow während des Krieges eine Haltung eingenommen hat, die mit der Herde in Frankreich verwandt ist und daß er sich selbst dazu hergegeben hat, gegen die Friedensbestrebungen des Sowjet — des Tschernow, nicht des jetzigen bolschewistischen — bei den für den Krieg bis zum Ende eintrudelnden Sozialisten Frankreichs öffentlich zu protestieren. Auch wenn wir die Erbitterung der den Bolschewitsch anhängenden Massen gegen die politischen Freunde Plechanows begreifen, die noch zuletzt im Vorparlament mit den Bürgerlichen zusammen für radikalste Unterdrückungsmaßregeln gegen die Bolschewitsch gestimmt haben, können wir Satiriker und moralische Witzhandlungen, wie sie nach den zitierten Blättern gegen den alten Mann betätigt worden sind, nicht entschuldigen.

Oberbefehlshaber Duchonin geflohen.

Bien, 1. Dezember. B. I. B. Von einem besonderen Korrespondenten wird uns gemeldet: General Duchonin und die militärischen Vertreter der Entente sind aus dem russischen Großen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in Händen der Maximalisten.

Die „Times“ meldet aus Petersburg, daß den Moskauer Zeitungen zufolge General Duchonin einen Tagesbefehl an alle Truppen richtete, in dem er den Grund darlegte, warum er sich weigere, die Verhandlungen mit dem Feinde anzunehmen. Er forderte die Truppen auf, zu erklären, ob sie mit seinem Verhalten einverstanden seien oder nicht. Falls sie es nicht wären, würde er freiwillig das Kommando Achtenlos übergeben.

Daag, 1. Dezember. „Dahs Chronico“ berichtet aus Belgrad: Duchonin erfuhr den Oberbefehlshaber an der rumänischen Front, Tschertakoff, den Oberbefehl über die russische Heere zu übernehmen.

Die Kreditvorlage im Reichstage.

126. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Roederer, v. Krause, Schiffer, vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort...

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Kriegskreditvorlage, die 15 Milliarden fordert.

Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers Graf von Roederer: Die Kriegskasse, die in erster Linie zur Finanzierung der Kriegsgewinne bestimmt ist, wird rund 5 Milliarden bringen...

Der große Erfolg unserer Anleihen beweist, daß unsere Art der Kriegsförderung im Einvernehmen mit dem deutschen Volke erfolgt. Freilich stehen uns auf finanziellen Gebieten die größten Aufgaben noch bevor.

Durchführung eines großen Steuerprogramms aber erst am Schluß des Krieges, wenn wir in der Lage sind, alle wirtschaftlichen und politischen Folgen zu übersehen.

Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedensbedingungen des Reichstags vom Juli dieses Jahres verlangen einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung.

streng im Sinn und Geist dieser Erklärungen führt. Wir erklären in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf.

Erhöhung des Gaserpreises, gegen die wir auch von dieser Stelle schärfsten Protest erheben müssen. (Bravo! links.) Die Ernährungspolitik des Herrn v. Balbow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerhöchsten Mißtrauen zu begegnen.

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklich verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern schnellstens gerecht wird.

General v. Langemann: Dem Abg. Ebert bemerke ich, daß die Novelle zu dem Versorgungsgesetz im Einvernehmen mit dem Reichsmarineamt, dem Kolonialamt und den verschiedenen Kriegsministerien fertiggestellt ist.

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklich verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern schnellstens gerecht wird.

Erhöhung des Gaserpreises, gegen die wir auch von dieser Stelle schärfsten Protest erheben müssen. (Bravo! links.) Die Ernährungspolitik des Herrn v. Balbow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerhöchsten Mißtrauen zu begegnen.

den Kriegsgewinnen und ihren Schiebern auf die Finger schauen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Keine Fraktion hat Vorschlag eingebracht, die eine Erhöhung der Löhne der Mannschaften und Unteroffiziere zu verlangen.

Abg. Ebert (Soz.): Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion noch einige kurze Ausführungen zu machen.

gestalten, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sagen können: Unter Vaterland, für das wir gekämpft, für das wir unser Liebste hingeeben haben, sorgst für uns.

Abg. Sedha (Volk): die Erklärung des Reichskanzlers, daß der Selbstbestimmungsrecht der Völker, die bisher der russischen Krone unterworfen, geachtet werden soll, begründen wir als eine bedeutende Tatsache.

Abg. Dr. David (Soz.): Graf Westarp behauptet, das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefährde die Zukunft und Sicherheit des Reichs.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Der Herr Reichskanzler hat die Zukunft und Sicherheit des Reichs auf schwerste gefährdet.

Groß-Berlin

Bücher für unsere Kinder.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugend-
schriften, die auch in diesem Jahre wieder im Gewer-
schaftshaus veranstaltet worden ist, hat sich dieser eines guten
Beluges zu erfreuen gehabt. Sie verdient in der Tat die aufmerksame
Beachtung aller Eltern und aller, denen das Wohl unseres
Kochbuches am Herzen liegt. Spielzeug und Lesebuch beeinflussen
die Geistesentwicklung eines Kindes so stark, daß bei der Auswahl
dieser Gegenstände und Bildungsmittel nicht vorzüglich genug ver-
fahren werden kann. Die Bemühungen, den Händen der Kinder
den Lesebuch zu entziehen, sind von der deutschen Vorkriegszeit
ausgegangen. Den für Berlin hauptsächlich im Gewerkschaftshaus ver-
anstalteten Jugendbüchereiausstellungen ist es zu danken, daß auch
in der Arbeiterbevölkerung das Verständnis für gute Jugendchriften
zugenommen hat.

Die Auswahl eines Lesebuches für den Weihnachtstag den
Kindern zu erleichtern, ist der Zweck dieser nun seit anderthalb Jahr-
zehnten sich Jahr für Jahr wiederholenden Veranstaltung. Schon
seit einer Reihe von Jahren wird dabei das vom Bildungsausschuß
aufgestellte Bücherverzeichnis zugrunde gelegt. Die Ausstellung
bietet die Möglichkeit, die einzelnen Jugendchriften nicht etwa nur
von außen zu betrachten, sondern nach ihrem Inhalt sorgfältig
und gewissenhaft zu prüfen. Die Jugendchriften für
Knaben und Mädchen sind in Gruppen eingeteilt, die sich den ver-
schiedenen Lebensaltern anpassen. Mit den Bilderbüchern für die
Kleinsten, denen die Geheimnisse des ABC sich noch nicht erschlossen
haben, beginnt die Reihe. Es folgen die Jugendchriften für die
Schuljünglinge, die in mehrere Altersstufen gegliedert sind. Den
Schluss machen die Bücher für Schullehrkräfte, für die reisere
Jugend.

Besichtigt werden kann die Ausstellung noch am heutigen Sonn-
tag von 8-7 Uhr, sowie am nächsten Sonnabend und am nächsten
Sonntag. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Aus der Kohlendeputation der Stadt Berlin.

Die Deputation beschloß in ihrer jüngsten Sitzung die Er-
richtung einer Sortier- und Verladeanlage in Wannenseede,
die — allerdings erst vom nächsten Winter an — jährlich 6000
Tonnen Torf — 12 Millionen Stück in Dreiecksform liefern soll. —
Der Magistratsberichterstatter teilte mit, daß die Kohlenzufuhr in
letzter Zeit zwar etwas besser geworden ist, aber im November doch
nur etwa 70-75 Proz. der vom Reichsausschuß zugesagten Menge
betragen hat. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten
energisch die Einführung der Kundenkarte für den Kohlen-
verkauf und weisen darauf hin, daß die Bevölkerung den Eindruck
hat, daß das Interesse der Händler und nicht der Konsumenten an
erster Stelle berücksichtigt werde. Von Magistratsseite wurde
darauf erklärt, daß bald eine Entscheidung getroffen werden würde.
Daß die Stadt Berlin die Händlerinteressen an erster Stelle be-
rückichtigt, wurden bestritten. — Die Deputation beschloß ferner die
Freigabe der Abfuhr der bis Ende Dezember
tausenden Kohlenkarte. Diese Maßnahme soll aus or-
ganisatorischen Gründen nötig sein. — Mit der Belieferung von
Kohl lebt es im allgemeinen etwas besser. Für die Zehn-
theilungen wird deswegen ein weiteres Quantum von 20 Proz.
freigegeben. — Vom 1. Januar 1918 treten neue Richtlinien
für die Zuteilung von Kohlen in Kraft. Bekannt ist
bereits, daß im Januar ankant mit 5, in Zukunft mit 10 Zentnern
beliefert werden soll. — Um Auszubehältesten zwischen Mietern
und ihren Untermietern zu vermeiden, ist die Ausgabe einer
Untermieter-Kohlenkarte beschloßen, auf die 5 Zentner
Kohle entfallen. Diese Karte wird dem Hauptmieter der Räume
ausgehändig und bleibt in dessen Besitz. Zur Anschaffung von
Kohlen hat der Hauptmieter dem Untermieter diese Karte auszu-
händigen. — Ferner sollen diejenigen Wohnungen, in denen keine
Kassascheinrichtung vorhanden ist, ebenfalls Sonderkarten
für Kohlenwech erhalten, und zwar geltend bis zu 5 Zentnern in
einer Wohnung auf 5 Zentner, bis 7 Zentnern auf 5 Zentner
und über 10 Zentner auf 5 Zentner. Die Karten (In-
haber von Aktien) sollen besondere Zuweisungen an Kohl er-
halten. Eine ähnliche Regelung soll die Zuteilung an solche
Schiffer erfahren, die auf ihren Räumen kein Brennmaterial
besitzen. Ihnen werden durch Vermittlung des Wasserbauamts
sogenannte Unterfallkarten durch die Kohlenstelle zur Verfügung
gestellt. Diese Karten gelten immer für 6 bis 8 Räume, die als
eine Verteilungsgemeinschaft betrachtet werden. — Die städti-
schen Badeanstalten sollen mit 60 Proz. ihres früheren
Bedarfs mit Kohlen versehen werden. Gofentisch bleibt es nicht
nur bei dieser alten Ansicht allein; die Eröffnung aller Bade-
anstalten, und insbesondere auch die neu gegründeten, ist ein drin-
gendes Bedürfnis besonders für die arbeitende Bevölkerung. —
Die Deputation nahm Kenntnis von den Einzelheiten der Ver-
ordnung betreffend die Einschränkung des Elektrizi-
tätsverbrauchs. Der zuständige Reichsausschuß hat ver-
fügt, daß die jetzigen Haushaltungen, bei denen im Jahre nicht
mehr als 500 Kilowattstunden elektrische Kraft verbraucht werden,
von der Beschränkung frei bleiben. Die Summe der von den
Haushaltungen benötigten elektrischen Kraft macht ungefähr ein

Zehntel des Gesamtbedarfs aus, der für Berlin 36 Millionen
Kilowattstunden beträgt. — Da zwischen Baumietern und Mietern
großer Wohnungen mit Zentralheizung Streitigkeiten ausgebrochen
sind, ist seitens des Bundesrats die Schaffung von Schlicht-
stellen angeordnet worden. Diese Schlichtstellen sollen die be-
stehenden Schlichterstellen, in letzter Instanz die Kohlenstelle
Groß-Berlin bilden. — Betroffen Beschaffung von Holz zu
Brennstoffen teilte der Magistratsberichterstatter mit, daß es bisher
keine nicht gelungen sei, größere Einkäufe abzuwickeln. Das
Brennstoff ist übrigens nur als zeitweiser Ersatz für den Fall ge-
braucht, daß die Kohlenversorgung noch erheblich schlechter werden
sollte.

Gewinnwucher ein groß.

Einem Vertrauensmann der Reichsstelle für Gemüße und Obst
gelang es gestern, einen Fall greßlichen Kriegsnotwunders aufzudecken.
Es handelte sich um mehrere Tausende von frischem
Gemüse, die weit über den Höchstpreis losgeschlagen werden
sollten. Der Schuldige wurde sofort festgenommen und dem Straf-
richter vorgeführt. Die Ware ist einer Gemeinde Groß-Berlin
zum Höchstpreise zugeprochen worden. In die Sache sind zahl-
reiche andere Personen verwickelt, bei denen sofort
Haussuchungen vorgenommen worden sind.

Weniger Petroleum! Wie der Berliner Magistrat mitteilt,
wird die dem einzelnen bewilligte Wochenmenge Petroleum im De-
zember von 2 auf 1 1/2 bzw. von 1 auf 1/2 Liter herabgesetzt.

Milger Vorstand für die männlichen Krieger. Um für die
minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere für heimkehrende Krie-
ger, die Erhaltung preiswerten Hausrats gegenüber dem auf diesem
Gebiet immer bedrohlicher hervortretenden Notstand sicherzustellen,
hat der Brandenburgische Provinzialausschuß die Beteiligung der
Provinz an einer hierfür bestimmten gemeinnützigen G. m. b. H.
für die Provinz Brandenburg beschlossen. Diese Gesellschaft nimmt
schon in nächster Zeit ihre Tätigkeit auf.

Bei einem Brande erstickt sind am Sonnabend mittag zwei
Kinder, der vierjährige Herbert und die siebenjährige Gertrud
Lafoski in der Wohnung der Eltern Graunfr. 33. Die Gefahr
wurde erst bemerkt, als der Qualm aus der Wohnung drang.

Neukölln. Neue Kundenkarte für den Fleischbezug. Die Ein-
tragung für die neue Bezirkseinstellung für den Fleischbezug erfolgt
am Montag, den 3. D. R. von 8-12 Uhr vor- und 3-8 Uhr nach-
mittags, für Nachzügler am Dienstag, den 4. D. R., von 8 bis
11 Uhr abends. Mitzubringen sind die Haushaltungskarte, die Fleisch-
karten und der Wohnungsanweis.

Nähemittel für Jugendliche. Vom Montag werden in den
städtischen Verkaufsstellen auf Abschnitt 10 der Neuköllner Lebens-
mittelzulagekarte für Jugendliche 250 Gramm Buchweizenmehl oder
Buchweizenstärke, 250 Gramm lose Hafersabfrikate und drei Brüh-
würfel abgegeben. Und zwar erfolgt die Abfertigung am Montag,
B Dienstag, C Mittwoch, D Donnerstag, E Freitag und F am
Sonnabend. Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gramm Buchweizen-
mehl 40 Pf., Buchweizenstärke 50 Pf., lose Hafersabfrikate 25 Pf.
und 3 Brühwürfel 10 Pf.

Weißener. Lebensmittel. In der nächsten Woche können auf
jedes Kopfschild der Weißkarte der 146. Woche 100 Gramm Suppen
entnommen werden. Die Entnahme hat in dem Geschäft zu er-
folgen, in welchem legittime Nahrungsmittel verteilt wurde.

Vom 4. bis 8. Dezember d. J. findet in den drei Gemein-
deverkaufsstellen die Ausgabe des zur Bereitung von Honigsüßhon
überwiesenen Mehles statt. Als Ausweis sind die Weisskarten der
146. Woche vorzulegen. Auf jede Weisskarte werden 100 Gramm
Mehl verabfolgt.

Brot. Lebensmittel. In der nächsten Woche gelangen in der
Verkaufsstelle der Gemeinde zur Ausgabe auf Abschnitt 36 Dör-
gemüße (100 Gramm), 87 Weizenbrot (bis 4 Personen 1 Pfund,
über 4 Personen 2 Pfund), 88 Brottafelbrot (bis 4 Personen 1 Dose,
über 4 Personen 2 Dosen), 89 Brottafelbrot (für Hausbrot, bis 4 Per-
sonen), Morgentrost (für Hausbrot, über 4 Personen), 40 Scholle in
Klebe- oder Quarkfleisch (1 Dose je Haushalt), 41 Obstmarmelade
(1/2 Pfund je Person auf Mittwoch nur bei den Kleinfamilien.)
42 Fleischgericht (bis 4 Personen 100 Gramm, über 4 Personen
240 Gramm), 43 Sonderzuteilung und auf 44 verschiedene Waren.
Hafersflocken 1 Pfund nur auf Kinderkartearten.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im
Jugendheim, Lindenstr. 3, Hof II, Eingang links 3 Treppen, eine
wichtige Besprechung unserer Genossinnen statt.
Wir ersuchen die in den Sozialdemokratischen Vereinen organi-
sierten Frauen, besonders aber alle diejenigen, die kommunale Ehren-
ämter bekleiden oder in der Kriegsfürsorge tätig sind, an dieser
Besprechung teilzunehmen.
Der Bezirksvorstand.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.
Von R. Franck.

"Jetzt lauf zu!" brüllte der Gentesknecht und schlug
krachend auf den Rücken des Burtschen. In dem Augenblick
fielen die Trommeln ein. Der Beurteilte sog wie ein ge-
hehres Tier hinein in die geöffnete Soldatenreihe. Und krach,
krach sausten hell die Schläge auf seinen Rücken nieder —
jeder von einem Gegrüll des Schmerzes beantwortet. . .
Die zwei Schergen hatten den Strick langgelassen und warteten
an einem Ende der Reihe, bis er am anderen ankommen
würde. Aber schon wenige Meter weit stolperte der Unglückliche,
Hagelbicht sausten die Schläge auf seinen Kopf, seinen Rücken,
seine Arme, von denen das Gemd schon jetzt in Zucken hing. . .
Rufschreie sprangen die Amsche herzu — ein Kommando des gleich-
mütigen die Szene betrachtenden Offiziers, der nervenerfütternde
Trommelwirbel stockte — jetzt hatte man das Opfer wieder
hochgezerrt — neue Blöße, sein heißeres Gegrüll, Schreien in
der Hoffmenge und nun wieder das dumpfe Trommeln und
die krachenden Schläge.
Dazwischen aber auch ein im Lärmen ungehört ver-
hallender Schmerzensschrei.
Lifton war ohnmächtig vor Aufregung und Entsetzen zu
Boden gesunken — die Jofe sprang herzu, labte sie . . . und
trug sie auf ihr Kniebett.
„Weg, weg — die Fenster zu — entsehllich.“ kreischte
ihre Herrin, als sie wieder zu sich gekommen: „Quelles bar-
bares . . .“
Und bei jedem Schmerzensschrei und stärkerem Gieb, der
heraufscholl, schrie sie selbst auf. Ihr Kopf war wie von
Schlägen zermalmt. In ihrem Herzen war nur ein Empfinden:
weg, fort von den Menschen, die so entsehlliche Grausamkeiten
verüben. . . Und ein anderer, noch schrecklicherer Gedanke,
der sie in Ohnmacht fallen ließ: Was das Peißer, war das
ihr Opfer?
Sie hatte Lainecke, die vor Begierde brannte, noch mehr
zu sehen, auf die StraÙe geschandt, um Sicherens zu erfahren.
Und sie fühlte, es sei ihr Tod, wenn die Dotin den verhäng-
nisvollen Namen zurückbrachte. . .

brauste Lifon auf.

Dann sich bezähmend: „Ah, sie hat Quereilen
mit ihm gehabt, ich weiß — aber ich bitte sie, ich habe nie-
manden sonst . . .“
Lainecke befiel den Mund offen vor Ersauern. So
hätte sie ihre Herrin noch nie gesehen. Und deren sanft-
mütiges Wort wirkte Wunder. Die Jofe ging. Erst auf der
StraÙe kam ihr Haß gegen Michalansky wieder zum Aus-
bruch. Schon wollte sie umkehren mit der Liage, sie habe den
Gesuchten nicht finden können, da sah sie Michalansky, wie
er möglichst auffällig und beböt zu ihrer Madame hinauf-
grüßte. Aber mehr konnte sie sich nicht abringen als ein
schnippisches:
„Er soll gleich heraufkommen. . . Madame will ihm
was bescheßen.“
Sie sagte es mit einer Miene, als ob sie ein Selbst-
gespräch hielte.
Michalansky eilte sofort zu seiner Protokollin und erstarrt
eben in Straßfüßen.
„Er hat mich immer gut bedient.“ begann die schöne
Frau, ohne seine Schuldigungen zu beachten.
„Ich bin überglücklich, daß meine rastlosen Bemühungen
Anerkennung aus so hohem Munde . . .“
Sie winkte ungeduldig ab.
„Kann er einen Studenten namens Peißer?“
„Künftig nicht mehr Student, gnädigste Frau Baronin,
ganz communer Soldat gewesen — wegen übler Streiche und
Desertion jetzt in Haft, gewiß zu dienen, Euer Gnaden, hab'
ihn selbst verhaftet.“
„Michalansky, dieser arme Junge ist unschuldig in Haft!
Ich werde noch heute selbst dem Statthalter sagen, daß es
ein Irrtum gewesen sein muß. Sorg' er nur dafür, daß bis
zu seiner Entlassung nichts Irreparables geschieht. Keine Ere-
kution oder . . .“
„Kommenden Sonntag muß der Peißer Schiefhüden
laufen. Er hat's schon s'Urteil. Er hätte heute sollen, aber
er hat ein verrenktes Bein und kann nicht gehen.“
Lifton ließ es eiskalt über den Rücken. Ihre Augen
blickten groß und angstvoll auf den Sprecher und ihre Hände
falteten sich unwillkürlich. Ihr Herz schlug heftig.
„Er hat schon das Urteil! Das muß man fassieren“ —
stammelte sie.
(Fortl. folgt.)

N. ISRAEL

BERLIN C
Spandauerstr. 16
Königstr. 11-14
Gegründet 1815



Kunstseid. Blauschoner
„Oiga“, gestrickt, grau,
blau, schwarz oder weiß,
Größe 44 und 46,
wie Abbildung . 15.50

Miederschoner „Fedora“
a. weiß-gestrickt, Baumwolle,
ohne Ärmel, Mittelgr. 2.05
mit Ärmeln, Mittelgr. 3.00

Vier Stockwerke Möbel

Wirkwaren

Kragenschoner 8.75
Kun. seide, farbig.

Überzieh-Jacken 11.50
Kunstseid., weiß, Mittelgr.

Schlupfbeckkleider 16.50
Seiden-Milaneser, weiß,
schw., farb., Gr. 44 u. 46

Herren - Unterjacken 28.50
Reinseid. starker Trikot,
elfenbein, Mittelgröße.

Herren - Beckkleider 32.00
Reinseid. starker Trikot,
elfenbein, Mittelgröße.

Damenwäsche

Taghemd mit Stick-
Einsatz und Ansatz . . . 13.50

Taghemd im Rumpf
gestickt . . . 19.50

Nachthemd m. Um-
legekragen, 3mal Einsatz . 22.50

Nachtjacke m. Stick-
Einsatz und Ansatz . . . 19.50

Rockbeckkleid . . . 18.00
aus Stickereistoff . . .

Hemd hose mit Stick-
u. Spitze . . . 21.00

Miederleibchen . . . 7.00
aus Stickereistoff . . .

Seidenstoffe

Doppeltbreit:
Weiche Glanzseide
Mtr. 13.75 bis 32.00

Reinseidener Taft
in vielen Farben
Mtr. 27.00 bis 39.00

Rips und Gabardin
für Jackenkleider
Mtr. 31.00 bis 46.00

Surah. Schotten
Mtr. 28.50 bis 42.00

Taft u. Surah-Streif.
Mtr. 24.50 bis 37.00

Schwarz Damast
Mtr. 24.00 bis 27.00

Diamantseide
43 cm breit, Mtr. 6.90

Blusenseide
schw.weiß gestr.
43 cm breit, Mtr. 7.75

Reins. Schotten
48 cm breit, Mtr. 8.75

Asrachan
für Mäntel u. Jack.
115 cm breit, Mtr. 15.50

Man verlange den neu erschienenen Weihnachts-Katalog

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam.
Nachm. 8 1/2 Uhr (halbe Preise):
Eine glückliche Ehe.
Montag: Don Carlos.
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.
Nachm. 8 1/2 Uhr (halbe Preise):
Gespenster.
Montag: Kinder der Freude.
Volkstheater.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schön. Tor.
8 Uhr: König Oedipus.
Nachm. 8 1/2 Uhr (ermäßigte
Preise): Wetterleuchten.
Montag: Edelwild.

Verband der Fr. Volkstheater
Sonntag, den 2. Dezember,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ballett: Bettelweibchen.
Nachmittags 8 Uhr:
Schiller-Th. Charlottenburg:
Novella d'Andrea.
Schiller-Th. O: Hinter Mauern.
Lefling-Th.: Das Kind.
Kämpfer-Th.: Der Herr Senator.

Rose-Theater.
8 Uhr: Der Weiberfeind.
7 1/2 Uhr: Andreas Hofer.

Theater für Sonntag, 2. Dezember.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin
8 1/2 Uhr: Johannseuer.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
3 Uhr: Der Waffenschmied.
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater
3 1/2 Uhr: Liebeleli.
7 1/2 Uhr: Geldzauber.

Komische Oper
3 1/2 Uhr: Die Dosa Sr. Majestät.
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Arb.-Vorst. 3 1/2 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
3 Uhr: Der Obersteiger.
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof.
3 1/2 Uhr: Der Schwabenstreich.

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Barbara Stossin.
3 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.

Schiller-Theater O
3 Uhr: Hinter Mauern.
7 1/2 Uhr: Im Hafen.

Schiller-Th. Charl.
3 Uhr: Novella d'Andrea.
7 1/2 Uhr: Professor Bernhardt.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.
3 Uhr: Eine lustige Doppelrolle.

Theater am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Immer feste druff!
7 Uhr:

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verliebte Herzog
mit Guido Thielscher
3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

WINTERGARTEN

Dezember-Spielplan!
Heute 2 Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 Uhr, kl. Preise,
Kinder die Hälfte,
abends 7 1/2 Uhr

Lajos Rigó
Violin-Virtuose
Geschw. Welchart
Radfahrerrinnen

Acosta
Kraftjongleur
Josef Milos
Meisterwerke d. Plastik

3 Facoris
Trapezakt
Büron
Musikclown

Geschw. Carré
Reitakt
Schenk u. Margot
Akrobat. Saene

Holborns
Reifenroller
Max Pettini
Humorist

Die sensation. Treppe
von Hadges und Biller

Zirkus A. Schumann.
Heute Sonntag, 2. Dez.
2 Gr. Vorstellungen 2
Nachm. 3 1/2 u. ab. 7 1/2 U.
Nachm. Kinder unter 12 J.
halbe Preise a. all. Sitzpl.
In beiden Vorstellungen
ungekürzt

10 Tiger 10
u. das übrige kolossale
Sport-Programm
MEXIKO
Orig.-Ausstatt.-Pantomime.

BUSCH

3 1/2 Die 3 Pierrots 3 1/2
Nachmittags
1 unge- Kind auf all. frei!
höriges Kind Sitapl.

7 1/2 Mondfahrt 7 1/2
In beiden Vorstellungen
vorher:

Das neue Dezember-
Programm.

Palast

Heute
2 Vorstellungen 2
3 1/2 Nachm. jed. Erw. 7 1/2
2 1 Kind frei.

Neu: Robert Steidl!
Raffayette, Cartella
Otto Reutter in der
Revue-Posse

Geh'n Sie bloß nicht
nach Berlin.

APOLLO

Friedrichstr. Dir. Jan. Klein.
3 1/2 Fern Andra
sowie das unvergleichliche
erakt. Desomberrprogramm!
Keine Preisermäßigung!
Theaterk. ununterbr. geöffn.
Stgs. 3 1/2 jed. Erw. 1 Kind frei!

Casino-Theater
7 1/2 Uhr.
Nur noch bis 5. Dezember:
Seivaten mußte!
Ab Donnerstag, 6. Dezember:
Die neue Berliner Posse:
Samstagsfrühe.
Somit 4 Uhr: Entel Moritz.

Unterhaltung

... bereitet mir und meiner
Familie die größte Freude ...
Richard Strauß

und Zerstreuung bietet
überall und jederzeit das
edle „Gramola“ mit seiner
grossen Platten Auswahl.
Vorspiel ohne Kaufzwang
Gramophon Spezialhaus.
Berlin, W. 8, nur Friedrichstr. 189

Preislisten
auf Wunsch.



NATIONAL-THEATER
Cöpenick, Str. 68, Tgl. 7, 8
Sonntag, 2. Dezemb.
3 1/2 Uhr
Auf allgem. Verlangen
Was junge
Mädchen träumen
Zum 205. Male,
ununterbr., a. Tietz.

Reichshallen-Theater
Heute nachm. 3 Uhr
u. abends 7 1/2 Uhr:
Stett. Säng. r.
Nachm. or-
mäss. Preise!
Logen 1 M.
Balk. 75 Pf.
Eintr. 30 Pf.
Mittwoch, den 3. Dezember.
Benefiz-Vorstellung.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165,
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Jean Moreau
Dario Paili
u. das hervorragende
Dezember-Programm.
Hauskap.: Fanyvest.

UT

U.T. Ruckflüsterbama und U.T. Rosenortplatz.
Psilander Das fidele
Das zweite Ich Gefängnis
Lustig mit Harry Liedtke
und Emil Jennings

U.T. Friedrichstraße und U.T. Hinter den Linden
Toinäs Der Blumenkönig
Der Mann ohne Gnade mit Ernst Lubitsch

U.T. Hohenbergstr. und U.T. Alexanderplatz.
John Riew Der Blumenkönig
mit Uanny Servas und
Hermann Valentin mit Ernst Lubitsch

U.T. Wexierplatz und U.T. Hallesche
John Riew Paul und Teddy
mit Uanny Servas und
Hermann Valentin = Paul Heidemann

U.T. Rembrandtstr.
Psilander: Um das Bildnis des Königs
U.T. Schöndorfer, Hauptstr. 6
Gottes Mühlen
mahlen langsam.

URANIA

Sonntag, den 2. Dezember,
8 Uhr:

Tier und Mensch
in der Wildnis.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 Uhr: Die Wildente.
Nachm. 3 Uhr: Kameraden.

Komödiehaus.
7 1/2 Uhr: Die beiden Sechunde.
3 Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater.
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.
Nachm. 3 Uhr: Filmzauber.

Theater der Kgl. Hochschule
für Musik, Fasanenstraße 1.
Sonntag, 2. Dez., 7 1/2 Uhr:
Die Shre von Sudermann.

Sonnt. 9 u. 10. Dez. 7 1/2 Uhr:
Charleys Tante.
Kart. Werth. u. Th.-Kastellan.

Walhalla-Theater.
3 Uhr: Seemannslebenchen.
7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Trianon-Theater
Georgenstr., Bf. Friedrichstr.
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.
1/8 Uhr: Der 1/8 Uhr
Lebensschüler.

Komödie von Ludwig Fuld,
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
v. Möllendorff, Mart. Kettner.
Stg. 3 1/2, kl. Pr.: Hedda Galter.

Voigt-Theater.
Sadstr. 55. Sadstr. 55.
Gente
nachm. 3 Uhr bei kein. Preisen:
Der Zaunast.
Wüends 7 Uhr:
Familie Buchholz.
30. Montag, den 3. 12.:
Was junge Mädchen träumen.

MOZART SAAL
Nollendorfplatz 5

Die Faust
des Riesen
I. Teil
Nach dem gleichn.
Roman v. Rud. Stratz.
Für den Film bearb.
von E. A. Dupont.
In der Hauptrolle:

Henny
Porten
Reg. Rud. Diebrach
Vorverk. v. 10-1 Uhr
Beginn: 3 Uhr.

Das führende politische Organ der
deutschen sozialdemokratischen
Bewegung

überall
erhältlich

Verlag für
Sozialwissenschaft
Berlin SW. 65

Jedes Heft
30 Pfg.

Vierteljähr
Mk. 3.50

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82. Zimmerstraße 90/91.
Heute:

Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Blon.
Anfang 4 Uhr.

Morgen, 3. Dez.: Gr. Doppel-Konzert, veranst. vom Verein
ehem. 1. Garde-Drag., ausgef. v. d. Musikk. des Ers.-Bds.
d. Königin-Aug.-G.-Gr.-Regt. Nr. 4, Leit.: Kgl. Oberm. H. Baatz.

Gegen die
Kohlennot!

Vorsehen
Sie sich rechtzeitig mit den

Heizkugeln RADION

80-50% Kohlen-
ersparnis. 3 Stück = M. 2.85

Einmalige Ausgabe. — Zu beziehen durch die
Eisen- u. Hausstands-Geschäfte, wo nicht, durch
EMIL GEBEL Berlin SW 88, Alte
Jakobstr. 159/157

Berlin C Wallstr. 13
Gardinen
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwarz

MOZART SAAL
Nollendorfplatz 5

Die Faust
des Riesen
I. Teil
Nach dem gleichn.
Roman v. Rud. Stratz.
Für den Film bearb.
von E. A. Dupont.
In der Hauptrolle:

Henny
Porten
Reg. Rud. Diebrach
Vorverk. v. 10-1 Uhr
Beginn: 3 Uhr.

Admiralspalast.
2 Vorstell., 4 u. 7 1/2 Uhr.
Nachm. kleine Preise.
Abrenkadabra.
Gr. phantastisch Ballett
auf dem Eis.
Abends Einlaß 7 Uhr.
Vorzügliche Küche.

Blattsch. Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Lokal des Genossen... Mitgliederberstammung...

Kawatsch. In der letzten Wahlvereinsberstammung sprach... Der Kampf um die Neugestaltung Deutschlands...

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montagmorgen. Mild und zeitweise auflockernd...

Table with 2 columns: Prize amount and list of names. Title: In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Ml. gezogen...

Table with 2 columns: Prize amount and list of names. Title: In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Ml. gezogen...

Verband der Gattler u. Portefeinler. Ortsverwaltung Berlin. Militärbranche. Dienstag, den 4. Dezember, abends pünktlich 7 Uhr...

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. Dienstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstraße 41...

Weihnachtsgeschenke frühzeitig kaufen! Belvedere. Leipziger Straße 97 und Königstraße 46. Juwelen * Uhren Gold- und Silberwaren...

Die Abstimmung zur Beitragserhöhung findet für die Verwaltungskasse Berlin am Montag, den 3. Dezember 1917, nachmittags von 4 bis 8 Uhr...

Verband der Buch- u. Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Weihnachts-Unterstützung! Alle Familien der bis zum 1. Dezember eingezogenen Mitglieder...

Tuchlager J.W. Becker, Seydelstr. 22. Großes Lager Seide, Samt, in Anzug, Plüsch, Konsum- u. Mantelstoffen...

Th. Fork, Kretschmar & Co., Vereinigte Tischler- u. Tapeziermeister, Berlin C, An der Johann-Wittrichstraße 34 u. Holzmärkterstr. 1...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungshilfe Berlin, N 54, Lindenstraße 83-85. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr...

A-G am Dienstag, den 11. Dezember, H-L am Mittwoch, den 12. Dezember, M-R am Donnerstag, den 13. Dezember, S-Z am Freitag, den 14. Dezember...

Erfinder während des Krieges große Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen Patentlos. Norddeutsches Patentbüro...

Pelzwaren-Fabrik. Einzelverkauf. Alexanderstraße 30, I. Unte, an der Wanninstraße...

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter. Sachstelle Berlin. Heute Sonntag, 2. Dezember 1917, nachmittags 1 Uhr: Mitglieder-Versammlung...

Illustration of a woman's face. Text: Zahle Geld zurück! Alleherbest. Frau Emma Fischer. Berlin-Wilmersdorf 136, Detmolder Straße 10...

Erfinder bedienen sich z. Anm. u. Verwertg. ihrer Erfindungen eines Patentfachmannes. Wir verkaufen u. ein Patent für M. 850 000,-...

Velour- u. Samthüte auch garniert Umarbeitungen. Kauf Hall, Mühlendamm, Berlin, Wilhelmstr. 40/47.

Morgen Blüthnersaal 7 1/2 Uhr. GRAF HOENSBROECH spricht über Graf Hertling, Reichskanzler u. preuß. Ministerpräsident. Zahn-Praxis D.A. Söser...

Als ein großer Uebelstand im Gefolge des Krieges wird das Fehlen fast aller Anstrichmaterialien empfunden. Unsere Frauen klagen nicht wenig, daß die Fußböden so abgenutzt...

Rat und Auskunft in Dienstbotenangelegenheiten. Suchende werden im Vertrauenssinn an den Verband der Hausangestellten...

Harnleiden-Behandlung mit Rheumat-Katheter. SANABO. In Krankehäusern, Lazaretten und Kliniken im Gebrauch...

Befehl, 1. Dezember. Sabas meldet aus Petersburg: Der ehemalige Kommandant der Hauptpost General Tschernomirski wurde auf dem Wege nach Pflow mit seiner Familie verhaftet und nach der Peter-Paul-Festung übergeführt, weil er einen Befehl nicht ausgeführt hatte.

Neutralität bis zum äußersten.

Dreikönigstag in Kristiania.

Kristiania, 1. Dezember. In der Konferenz der Könige von Schweden, Norwegen und Dänemark und der sie begleitenden Minister wurde Einigkeit über folgende Fragen festgestellt:

Auf Grund des Zusammengehörigkeitsgefühls der drei Länder sind die Regierungen darin einig zu erklären: Bis langwierig der Weltkrieg auch werden möge, so soll das freundschaftliche und vertrauensvolle Verhältnis zwischen den drei Reichen gleichwohl aufrechterhalten bleiben. Uebereinstimmend mit den früher abgegebenen Erklärungen und mit der bisher geführten Politik, ist es die bestimmte Absicht der drei Reiche und eines jeden für sich, ihre Neutralität allen kriegsführenden Mächten gegenüber bis zum äußersten aufrechtzuerhalten.

Gegenseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, einander während der herrschenden Schwierigkeiten in erhöhtem Maße bei der Versorgung mit den notwendigen Waren Hilfe zu leisten. Um den Warenverkehr zwischen den drei Ländern wirksamer als bisher zu fördern, einigte man sich dahin, sofort nach der Zusammenkunft besondere Vertreter zusammenzutreten zu lassen zwecks Ausarbeitung der hierzu nötigen Vorschläge. Man behandelte die Frage einer Erleichterung der Fremdenverkehrsbestimmungen in den drei Ländern gegenüber Bürgern der beiden anderen Länder. Man einigte sich dahin, die vorbereitenden Arbeiten zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während des Krieges oder nach Kriegesausbruch fortzusetzen.

Der König von Schweden, der Kristiania jetzt zum ersten Male seit der Auflösung der Union wieder besucht, hielt im Königschloß eine Rede, die zur Schaffung einer neuen Verbindung aufforderte, nicht einer Verbindung der alten Art, sondern einer des Verständnisses und des Herzens, deren Lebenskraft, so hoffe er, von festem Bestand sein werde als die der früheren. Der König von Norwegen hielt bei Eröffnung der Konferenz eine Rede, die in dem Besuche den Beweis sieht, daß das, was früher zwischen Schweden und Norwegen gestanden hat, seinen Schatten mehr auf die Einheit des Nordens wirft.

Die Wahlen zur Konstituante.

Amsterdam, 1. Dezember. Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung gewannen, wie „Times“ aus Petersburg meldet, die Maximalisten dort sechs, die Kadetten vier, die Sozialrevolutionären zwei Sitze, die anderen Parteien keinen Sitz. Die Maximalisten sind jetzt im Besitz der Reichsbank, alle anderen Banken sind geschlossen.

Sibiriens Unabhängigkeit.

Amsterdam, 1. Dezember. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, nach dort eingelaufenen Berichten werde Sibirien sich unter der Führung Potanin für unabhängig erklären. Die Minister seien bereits ernannt worden. Die neue Regierung werde überall sympatisch begrüßt. In einer Anzahl von Orten wehe bereits die sibirische Flagge.

Bei der Unbestimmtheit der Quelle dieser Meldung läßt sich nicht feststellen, auf welcher Grundlage und wie die Proklamierung der Unabhängigkeit vor sich gegangen ist. Der Name Potanin ist aber in der Geschichte der Autonomiebestrebungen Sibiriens seit Jahrzehnten ein feststehendes Programm. Der große Schriftsteller hat sein ganzes Leben der Erforschung Sibiriens und der Verfechtung der Idee der Autonomie entsprechend der Eigenart des Landes gewidmet.

Das geheime Branting-Telegramm.

Stockholm, 1. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Laut „Socialdemokraten“ telegraphierte Gulffewitsch an Branting, daß er nicht die Erststufe des in der „Prawda“ publizierten Telegramms anerkenne. „Socialdemokraten“ erklärt indes auch die Aktion, wie sie im Telegramm dargestellt wird, als unannehmbar. Branting habe bereits wirkliche Stellung zur Konferenz feststellen wollen, um für Aufhebung der Verbotsverweigerung beider wirken zu können, und habe sich deshalb an den russischen Gesandten gewandt. Ebenfalls harmlos sei das von Gulffewitsch hinzugefügte Wort (Quelle); es sei erklärbar aus dem Wunsch nach guten Verbindungen mit den Mitgliedern des Konferenzkomitees, um die dortige Stimmung zu kennen.

Gegen belgischen Annexionismus.

Stockholm, 1. Dez. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Banderwede gründet in Havre mit Braudere und Dewinne ein Tagesblatt. Die Absicht ist, dem Herikalen annexionistischen „Sibole“, dem einzigen an der Front der Belgier zugelassenen Blatte, ein Gegengewicht zu bieten.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. November. Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England

13 000 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein schwerer beladener Dampfer von mindestens 6000 Tonnen, der aus einem fast gesicherten Geleitzug herausgehoben wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 1. Dezember. Amtlich. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Valentiner, hat neuerdings im östlichen Bismarckkanal unter schwerster feindlicher Gegenwirkung fünf Dampfer mit rund

21 000 Br.-R.-T.

versenkt. Einer der Dampfer lag unter einer gewaltigen Detonation in die Luft; er hatte offenbar Munition geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ein österreichisches Ministerium für Volksgesundheit. Wien, 28. November. Der Kaiser hat die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit genehmigt und den Ministerpräsidenten ermächtigt, einen hierzu bezüglichen Gesetzentwurf im Reichsrat einzubringen.

Die Kohlenversorgung im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die am Freitag abgebrochene Hofpreiskommission nicht weiter fort, sondern ordnete die Versorgung mit Hausbrand.

Abg. Roth erörterte eingehend die Wirkungen des Kohlenmangels. Der Reichskommissar hätte den Jechenbaronen gegenüber ganz anders auftreten müssen. Entscheidend darf nur sein das Interesse der ärmeren Bevölkerung. Der Handel hat fast völlig versagt. Das Gefühl der Unsicherheit in der Kohlenversorgung wird immer stärker.

Ein Vertreter der Regierung schildert die Maßnahmen in der Kohlenversorgung und beklagt, daß auf den Großhandel zu viel Rücksicht genommen worden sei. Auch gegen die Jechenbesitzer sei scharf vorgegangen worden.

Abg. Gothein: An der Spitze der Kohlenkommission stehe die Verwaltung des preussischen Abgeordnetenhauses zu stehen.

Abg. Barm (Unabh. Soz.) schildert die Wirkungen des Kohlenmangels in Berlin. Kohlen, die den Gemeinden zugewiesen wurden, sind nicht selten von der Militärverwaltung beschlagnahmt worden.

General Schuch: Von militärischer Seite geschieht alles, um die Kohlenzufuhr nach Berlin und die Abfuhr zu sichern.

Abg. Ost (Sprünge) meint, daß bei der Rüstungsindustrie eine weitere Einschränkung der Versorgung mit Kohlen unzulässig sei.

Abg. Roth: Der Vertreter des Reichskommissars ist über die wichtigsten Fragen einfach hinweggegangen. Die Antwort der Reichsverwaltung ist völlig ungenügend. Die Gemeinden, die großen Waldbestand haben, müssen gezwungen werden, Holzschlagen zu lassen.

Damit ist diese Debatte erledigt und der Auschuß trat in die Fortsetzung der Beratung über die Erhöhung

Erhöhung der Hofpreise

ein. Abg. Kretsch hat den Preis von 400 M. pro Tonne nicht für zu hoch.

Abg. Wendorf hat große Bedenken gegen das eingeschlagene Verfahren.

Abg. Barm (Unabh. Soz.) läßt gleichfalls scharfe Kritik am dem System des Antriebes durch Gewährung höherer Preise.

Staatssekretär v. Waldow: Er sei nur ungern an diese Regelung herantreten, aber es blieb kein anderer Weg. Die Deduktion des Preises bedarfes kamme nicht weiter hinaufgehoben werden. Er bedauere, daß der Vertrag nicht geblieben werden konnte. Er habe die Vollmacht selbständig einzugreifen, wenn die Kriegsnöthwendigkeit das erfordere.

Abg. Bauer (Soz.): Der Staatssekretär des Kriegs- und Ernährungsamts hat den Hofpreis, der zugleich der Druckschranke bereits 330 M. beträgt, bis zum 31. Dezember d. J. um weitere 70 M., also auf 400 M. erhöht, ohne den als Verteuerung des Reichstages vom Reichstangler bestimmten Ernährungsbeirat auch nur zu hören. Durch diese vollkommen unbegründete enorme Preissteigerung wird nur die Verfüllung des Reichstages gefördert und die Versorgung des Volkes mit Brot aufs schwerste gefährdet. Die sozialdemokratische Fraktion protestiert auf das schärfste gegen das nur den Interessen der Erzeuger Rechnung tragende eigenmächtige Vorgehen des Kriegs- und Ernährungsamtes, das lediglich durch fortgesetzte Preissteigerungen die Erschöpfung der Bestände an Lebens- und Futtermitteln zu bewirken sucht. Die Fraktion erwartet von der neuen Reichsleitung, daß sie das Kriegs- und Ernährungsamt ungehindert zu energischem Vorgehen im Interesse der Verbraucher veranlasst. Sollten diese Erwartungen nicht erfüllt werden, wäre die Fraktion geneigt, die Mitarbeit im Kriegs- und Ernährungsamt einzustellen und ihre Vertreter im Beirat zurückzuziehen, weil sie jede Verantwortung für die kommenden Ereignisse ablehnen muß.

Staatssekretär v. Waldow: Ich bedauere, daß das Kriegs- und Ernährungsamt agrarische Interessen fördere. In Schärfe des Vorgehens habe es das Kriegs- und Ernährungsamt nicht fehlen lassen; der Zwang führe aber nicht immer zum Ziele.

Abg. Kretsch fordert höchst erregt, daß die Angriffe auf die Landwirtschaft aufhören.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag, die Frage der Lieferungen ins Ausland, der Kriegslieferungen und der Kriegsgefahrlosen einem zehngliedrigen Untersuchungsausschuß zu überweisen, wird nach kurzer Begründung durch Abg. Stoeckmann angenommen.

Abgeordnetenhause.

100. Sitzung, Sonnabend, den 1. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Im Rittersaal: v. Waldow.

Die Ernährungsdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Brod (Z.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration.

Abg. Wente (Sp.): Die Andauflage für Kartoffeln könnte leicht vergrößert werden, wenn die vielfach überflüssig großen Bestände der Rittergüter dafür benutzt würden. Der Fürst Pleh brauchte nur 2000 Morgen seines Bestes an gutem Weizenboden mit Kartoffeln besetzen lassen und eine Industriestadt von der Größe Waldenburgs könnte davon mit Kartoffeln versorgt werden. Der Großgrundbesitz wehrt sich bei der Durchführung der Kriegs- und Ernährungsamts gegenüber dem Kleinbesitzer Vorteile zu verschaffen. (Große Unruhe rechts. — Drapel links.)

Abg. Hoyer (Unabh. Soz.): Die Rechte verlangt immer höhere Preise. Trotz hoher Preise geht die Erzeugung von Jahr zu Jahr zurück. Ohne Zwang kommen wir da nicht aus. Es bleibt nur der Weg einer Ueberwachung und Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung übrig. Die Regierung sollte endlich einmal darauf achten, eine gerechte Verteilung der Lebensmittel wenigstens zu versuchen. Die größten Fehler sind mit den Kartoffeln begangen worden. Wir haben in diesem Jahr eine vorzügliche Kartoffelernte. Nur die Regierungsstellen läppen über die Ergebnisse im Dunkeln, obwohl die Erntemenge bei der Kartoffel genau festzustellen ist. Der heutige Kartoffelpreis ist nicht zu niedrig, er ist viel zu hoch. Das sehen viele Landwirte selbst ein. Zur Zeit kommt in diesem Winter auch noch die Kohlennot, mit der die Verzehrer im Zusammenhang steht. Sie müßen dem allzu geduldeten deutschen Volk sehr viel zu. Jeder, der den Zeitmangel an wenig ausgleichend könnte, wird auch nur in geringen Mengen gewährt. Man sollte Jeder nicht ausführen. Die höhere Preisration hätte man aufrecht erhalten sollen, aber man schont den Mindestverbraucher an agrarischen Zukunftsinteressen. In den Massenpreisen werden elende Massensuppen verabsolgt. Die Zustände schreien zum Himmel. So schlimm braucht es aber nicht zu sein, wenn die Regierung nicht archaische Furcht vor den Agrariern als vor den Massen hätte. Die Großagrarien führen den Hungerkrieg gegen die Großstädter. Im Osten weiterleuchtet es jetzt. Die Arbeiter haben gesehen, daß die Diktatur des Proletariats kein halblöcher Traum zu sein braucht, wenn das Volk will. Diese eindringliche Aufforderung von Deutschlands Proletariat wird schließlich auch bei uns kein kleines Geflüster finden. (Drapel! bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Krüger (natl.), Bratt (H.), Rans (L.), Wuffert (L.), Bethge (L.), Dr. Grunenberg (Z.) wird die Debatte geschlossen.

In der Abstimmung werden die Anträge der Kommission angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration wird abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Wahlrechtsvorlage. Schluß: 6½ Uhr.

Für die bessere Versorgung Berlins.

Die Schwierigkeiten im Ernährungswesen veranlaßten am Sonnabend die Berliner Ernährungs-Kommission, die aus Anlaß der Arbeitsstellen am 16. April 1918 aus Vertretern der Rüstungsarbeiterschaft gebildet wurde, im Reichstag eine gemeinsame Aussprache mit Mitgliedern des parlamentarischen Ernährungsbeirats und anderen Abgeordneten zu veranstalten. Im Laufe der Verhandlungen, an denen als Vertreter des Berliner Magistrats Herr Stadtrat Dr. Böhmig, als Mitglieder des parlamentarischen Ernährungsbeirats die Abgeordneten Bauer, Wollenbühr, Robert Schmidt, Weis und Dr. Wendorf und weiter die Abgeordneten Barm und Ebert teilnahmen, wurde Herr Unterstaatssekretär Dr. Braun vom Kriegs- und Ernährungsamt ersucht, an der Beratung teilzunehmen, um die Wünsche und Klagen der Arbeiterschaft persönlich entgegenzunehmen. — Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten mit aller Deutlichkeit, daß es unmöglich sei, mit den jetzt festgelegten Rationen auszukommen, daß der Schleichhandel und Wucher unter den Augen und der Vergünstigung der Behörden blühe. Eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pf. sei unerlässlich und auch möglich. — Unterstaatssekretär Dr. Braun versuchte in längeren Darlegungen nachzuweisen, daß das R.G.V. alles getan habe was in seinen Kräften stand. Der Antrag des Verhandlungsleiters Ebert, die angehängten Fragen in der nächsten Sitzung des Ernährungsbeirats zur Verhandlung zu bringen, stimmte der Unterstaatssekretär zu. Die Sitzung findet im Laufe der kommenden Woche statt, in ihr wird auch über die Erhöhung des Hofpreises und die Unterbindung des Schleichhandels verhandelt werden.

Wagenschmiere für die Wahlreform.

Oder: Wenn zwei daselbe tun.

Auf einem Bahnhof sah jüngst ein Wehrmann, der im Zivilberuf Gastwirt ist, unter anderen Einladungen einen mächtigen Adelp, der die Aufschrift „Wagenschmiere“ trug und vom Sommerlichen Viehhandelsverband an den Deputierten des preussischen Landtages adressiert war. Neugierig, wozu man im preussischen Abgeordnetenhause Wagenschmiere brauche, hob der Wehrmann den Deckel und entdeckte, daß der Inhalt aus prima Schweinefett bestand. Der Wehrmann, der aus seinem Jähberuh wachte, daß man mit seinen Gastwirten in ähnlichen Fällen wenig Umstände macht, erstattete Anzeige. Er erhielt aber die Antwort, die Erhebungen hätten allerdings ergeben, daß das Schweinefett zur Verpflegung der Abgeordneten bestimmt sei, die fallische Deklaration sei aber nur erfolgt, um den Transport vor Diebstahl zu schützen, so daß eine strafbare Handlung nicht festzustellen sei.

Der Staatsanwalt hat die letzten Gründe seiner Weigerung vielleicht doch für sich behalten. Allerdings soll alles fest, daß der Staatsbürger dann nicht bekommt, durch die Reichsjustizstelle geleitet werden. Allerdings entsteht die Frage, wie der Sommerliche Viehhandelsverband fest abgeben kann, da er es doch an die erwählte Reichsjustizstelle hätte leiten müssen? Aber lag nicht ein höherer staatlicher Grund vor, diesmal mehr als ein Auge zuzudrücken? Die innerliche Einsetzung der Herren Abgeordneten soll offenbar ein reibungsloses Zustandkommen der Wahlreform ermöglichen. Sagt doch schon das Sprichwort: Wer gut schmert, der gut fährt!

Auf des Messers Schneide.

In seiner Sonnabend-Morgenansprache wirt das „S. Z.“ die Frage auf, ob es im preussischen Abgeordnetenhause einen Mehrheitsblock für die Einführung des gleichen Wahlrechts gebe und kommt zu folgendem Resultat: Gegenüber den zweifellos wahlrechtsfeindlichen 148 Konservativen und höchstwahrscheinlich wahlrechtsfeindlichen 64 Freikonservativen sind im Abgeordnetenhause vorhanden 73 Nationalliberale, 40 Fortschrittler, 103 Zentrumskräfte, 12 Polen, 10 Sozialdemokraten beider Richtungen und 3 Wilde, zusammen 241 Nichtkonservative, die gegenüber den Konservativen ein Uebergewicht von 99 Stimmen haben. Eine derartige rein ziffernmäßige Berechnung wäre aber ein Trugschluß, denn von dieser Mehrheit sei mindestens ein Drittel der nationalliberalen Stimmen abzuziehen, nämlich der schwerliberale Flügel um Jahnmann, Hirsch und Konjorten. Auch vom Zentrum müsse man wenigstens 10 Mann abziehen. Die Entscheidung liegt also auf des Messers Schneide. Auf diesem Grunde fordert das „S. Z.“, daß sich die wahlrechtsfreundlichen Parteien im voraus auf ein festes Aktionsprogramm einigen.

In Essen erklärte Herr v. Tirpitz auf einer Versammlung der Vaterlandspartei, daß niemand in Deutschland, vom Höchsten bis zum Letzten, diesen Krieg angeht und getrieben hätte. In Essen eiferte Herr v. Tirpitz gegen den englischen Kammerismus und Kapitalismus, während Deutschland im Gegenzug dazu „durch Arbeit jeder Art“ blühe. In Essen appellierte Herr v. Tirpitz an den Gemeinsinn und die Uneigennützigkeit. In Essen weiterte Herr v. Tirpitz gegen die Trübsnagelnden Englands und Amerikas. — In Essen befindet sich belanntlich der Sitz der Firma Krupp.

Friedberg's Wahl. Das Landtagsmandat des Abgeordneten Dr. Friedberg ist infolge seiner Ernennung zum Staatsminister erledigt. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, wird die national-liberale Parteileitung seines Wahlkreises (Solingen-Kennep-Kemfoid) es ihm erneut anbieten.

Hoppen als Tabaktrier. Der Bundesrat hat am Donnerstag eine Verordnung angenommen, durch die Hopfen als Tabaktrier zugelassen wird.

Stadtverordnetenwahlen in Dresden. Die Dresdener Stadtverordnetenwahlen fanden am Freitag unter dem Vurgrieden statt. Auf Grund des bisherigen Bestandes hatte die Sozialdemokratie Anspruch, in zwei Abteilungen insgesamt fünf Mandate zu beanspruchen, die sie auch erhielt. Die Unabhängigen hatten sich alle Mühe gegeben, den Arbeitern die Wahlbeteiligung zu vereiteln, erreichten damit aber gerade das Gegenteil: die Wahlbeteiligung war außerordentlich lebhaft. Die beiden genannten Abteilungen umfassen 18 800 Wahlberechtigte, von denen ein großer Teil zum Heeresdienst eingezogen ist, so daß tatsächlich höchstens 10 000 Wähler übrig bleiben. Von diesen gingen, obwohl ein Wahlkampf nicht stattfand und eine Gefährdung der Mandate nicht zu befürchten war, trotzdem 7475 zur Wahl und stimmten für die sozialdemokratischen Kandidaten.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf gegen die Verwirrung in Russland.

Stockholm, 1. Dezember. (Eig. Drahtber. des „Vorw.“) Die russische Regierung entsandte 500 Delegierte zur Aufräumung der Bauern über die wirtschaftliche Reorganisation und 150 zur Ordnung der Bahnstraktionen. Tatsächlich ist schon vieles erreicht. Kartoffeln und Kohlen sind im Ueberfluß vorhanden, die Brot ration ist verdoppelt worden.

